



## VORWORT ZUR DRITTEN AUFLAGE

Es ist für uns Herausgeber eine große Freude, dass eine 3. Auflage dieses nach wie vor viel diskutierten Bandes möglich wird. Dafür danken wir unserem Verleger Eberhard Hirschler. Vor allem aber danken wir den Leserinnen und Lesern, die sich durch die Angriffe gegen unser Buch nicht haben irre machen lassen, sondern die originalen Beiträge zur Kenntnis nehmen und sich selbst ein Urteil bilden. Inzwischen sind auch wissenschaftliche Widerlegungen der ursprünglichen Diffamierungen unseres Buches erschienen.<sup>1</sup>

Wir schreiben dieses Vorwort wenige Wochen nach dem terroristischen Anschlag auf die jüdische Synagoge in Halle. Dieses schreckliche Ereignis, bei dem zwei unschuldige Menschen zu Tode kamen, wird mit Sicherheit instrumentalisiert werden für die Abwehr der Kritik an der Politik Israels. Es sollte aber gerade im Gegenteil ein Weckruf sein, sich gemeinsam auf die Bekämpfung des wirklichen Antisemitismus zu konzentrieren. Dieser wird nämlich an den Rand gedrängt, wenn man solche Kritik als Antisemitismus diffamiert.

Die im Vorwort zur 2. Auflage angedeutete Offenheit der Landeskirchen für Gespräche hat sich weiterhin bewährt. Die Evangelische Kirche in Baden hat zwei Fachgespräche organisiert, das erste unter Beteiligung des Bischofs, das zweite mit einem der jüdischen Autoren des Bandes, Mark Braverman. Die Evangelische Kirche in Westfalen folgte mit einem Fachgespräch unter Beteiligung der zuständigen Referenten, VertreterInnen des christlich-jüdischen Dialogs und der Palästinasolidarität (einschließlich eines Beteiligten im „Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel/EAPPI – Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel“). Das sächsische Kirchenblatt „Der Sonntag“ organisierte eine Diskussion unserer Thesen.<sup>2</sup> Auch

<sup>1</sup> Vgl. HEVER, Shir: Kein Antisemitismus, sondern notwendige Kritik: Erwiderung auf Lührs' Angriff auf Ulrich Duchrow. In: *Zeitschrift für Evangelische Ethik Shir Hever Zeitschrift Für Evangelische Ethik* 63 (2019) Nr. 2, S. 137-142.

<sup>2</sup> Nr. 14 ( 74. Jg.) vom 7. April 2019 mit einem kritischen Beitrag des Soziologen, Historikers und Philosophen Moshe Zuckermann, Autor des Buches *Der allgegenwärtige Antisemit oder die Angst der Deutschen vor der Vergangenheit*.

„Evangelischer Kirchenbote“ in der Pfalz<sup>3</sup> und das Pfälzische Pfarrerblatt ließen uns zu Wort kommen<sup>4</sup> und lösten eine heftige Debatte aus – einschließlich einer diffamierenden Internet-Petition mit Unterstützung des offensichtlich vom israelischen Staat eingerichteten „Think Tanks“ Mena-Watch in Wien. In dieser Region konnten Shir Hever, Ulrich Duchrow und Mark Braverman als Autoren des Bandes auf Gemeindeebene Vorträge halten. Auch in anderen Landeskirchen fanden Veranstaltungen zu den Thesen des Buches statt, z.B. in Bremen unter Beteiligung zweier Vorstandsmitglieder der dortigen Deutsch-israelischen Gesellschaft.

Weiter ist zu erwähnen, dass Ulrich Duchrow und Giselher Hickel (verantwortlicher Redakteur der im Vorwort zur 2. Auflage erwähnten Kairos-Veröffentlichung „Verfehlte Buße“<sup>5</sup>) mit den Präsidenten des Deutschen Koordinierungsrats der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (DKR), Pfarrer Friedhelm Pieper und Rabbiner Andreas Nachama, ein konstruktives Gespräch führen konnten. Auch dem Beauftragten der Bundesregierung für Antisemitismusfragen, Felix Klein, der mehrfach Ulrich Duchrow und dem Buch Antisemitismus vorgeworfen hatte – unter anderem gegenüber dem Eigentümer des Lit Verlags, Wilhelm Hopf, woraufhin dieser das Buch mit Vertragsbruch aus dem Programm nahm – boten wir Herausgeber ein Gespräch an. Er hielt es bis jetzt nicht einmal für nötig, den Eingang unseres Schreibens zu bestätigen.

Bei den erwähnten Gesprächen hat sich gezeigt, dass das Thema des Buches und die hier veröffentlichten Texte eine gute Grundlage für die weitere gemeinsame Arbeit und den öffentlichen Diskurs sind. Vor allem sind auch die

Westend, Frankfurt/Main 2018, und Nr. 18 vom 5. Mai mit einem ausführlichen Leserbrief von U. Duchrow.

<sup>3</sup> Nr. 34, 2019.

<sup>4</sup> Nach einer Rezension unseres Buches in Nr. 11/2018 durch Stefan Meißner, den Vorsitzenden des AK Kirche und Judentum der Pfälzischen Landeskirche, der auch Veranstaltungen mit Autoren unseres Buches in der Pfalz zu verhindern versuchte, konnte der auch persönlich angegriffene Verleger Hirschler antworten (Nr. 1/2019). Ebenfalls wurde von Ulrich Duchrow ein Vortrag in Nr. 5/2019 und eine ausführliche Replik auf die verschiedenen Angriffe in Nr. 11/2019 abgedruckt.

<sup>5</sup> KAIROS EUROPA, Hrsg.: Verfehlte Buße. Stimmen aus der Ökumene zum Verhältnis Deutschland-Palästina/Israel. Heidelberg: info@kairoseuropa.de, 2018 oder [http://kairoseuropa.de/?page\\_id=337](http://kairoseuropa.de/?page_id=337).

Fragen und Themen zur Sprache gekommen, für deren öffentliche Verhandlung im Besonderen insbesondere die Kirchen und die Theologie einzustehen haben. Dazu gehört die weitere Verständigung über die Bedeutung von "Zionismus", "Religion und Gewalt", explizite Friedenspolitik und Politik der Versöhnung, und vor allem der Zusammenhang von "Frieden und Gerechtigkeit".

Im Lauf der Diskussion bei den erwähnten öffentlichen Veranstaltungen melden sich jedes Mal Menschen zu Wort, die sagen: „Endlich können wir einmal offen über diese Fragen reden.“ Dies deutet darauf hin, dass es in Deutschland einen kollektiven Druck auf die Gewissen gibt, das Thema Israel-Palästina nicht zu berühren, um Kritik an den Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen des Staates Israel an den PalästinenserInnen zu vermeiden. Denn nicht nur viele Einzelpersonen, sondern auch Institutionen lassen sich von der rechtsnationalistischen Regierung Israels instrumentalisieren, Kritik an deren Entrechtung und Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung als Antisemitismus zu diffamieren. Und diesem Vorwurf wollen sich die meisten nicht aussetzen.

Dafür gab es in jüngster Zeit leider viele Beispiele. Das erste betrifft die Hofzeitschrift der EKD, „Zeitzeichen“. Sie bat im April 2018 Ulrich Duchrow um eine Rezension des neuen Buches von Mark Braverman, „Die Mauer überwinden“. Pünktlich lieferte dieser die Rezension in der gewünschten Länge ab. Auf Rückfrage wurde der verspätete Abdruck in der Novemberausgabe angekündigt. Im Oktober teilte ein Redakteur lapidar mit, sie würden die Rezension nicht drucken. Auf die Rückfrage, welches die Gründe dafür seien, antwortete Chefredakteur Mawick: „Bitte haben Sie Verständnis, dass wir über redaktionelle Entscheidungen nicht detailliert Auskunft geben werden!“ Eine Bitte an einen der Mitherausgeber der Zeitschrift, den ehemaligen Ratsvorsitzenden Wolfgang Huber, dafür zu sorgen, dass die Gründe für die Absage genannt würden, wurde so beantwortet: „Nach der langjährigen Praxis im Herausgeberkreis dieser Zeitschrift mischen sich die Herausgeberinnen und Herausgeber nicht in die Entscheidungen der Redaktion im Blick auf die Annahme oder Ablehnung von Manuskripten ein.“ Hier ist man versucht vorzuschlagen, dass die Zeitschrift sich in „Zeitgeistzeichen“ umbenennt – in der Tradition deutscher Christen und Kirchen, sich an die herrschenden Mächte und Trends anzupassen. Damit sich die LeserInnen ein Bild machen können, welche verdrängten Fragen ihnen nicht zugemutet werden sollten,

drucken wir die offenbar gefährliche Rezension als Anhang dieses Buches ab.

Ein weiteres Beispiel ist leider der Deutsche Evangelische Kirchentag. Es hatte bereits seit einigen Jahren Tradition, dass das Kairos Palästina Solidaritätsnetz nicht zur Mitgestaltung des Kirchentags eingeladen wurde, so dass 2015, 2017 und 2019 eigene Veranstaltungen am Rande der Kirchentage in Gemeinden oder kirchlichen Einrichtungen organisiert werden mussten.<sup>6</sup> 2019 in Dortmund geschah nun aber etwas Unerhörtes. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hatte im Kirchentag zu einem Workshop unter dem Thema „IMPERIEN DES MAMMONS ODER WEGE DER GERECHTIGKEIT“ als Referenten außer Ulrich Duchrow auch den international bekannten muslimischen Befreiungstheologen Farid Esack eingeladen. Das nahm die antideutsche<sup>7</sup> Internetplattform „Ruhrbarone“ zum Anlass, die beiden Referenten, die die gewaltfreie BDS-Bewegung zur Durchsetzung des Völkerrechts in Palästina, also Boykott, Desinvestition und Sanktionen im Blick auf den Staat Israel unterstützen, als Antisemiten zu diffamieren. Trotz dieser obskuren Quelle und obwohl die Veranstaltung gar nichts mit Palästina/Israel zu tun hatte, reagierte die Kirchentagsleitung reflexartig und forderte die Stiftung auf, die beiden Referenten auszuladen oder die Veranstaltung abzusagen mit der Begründung, es handele sich um „... zwei Vertreter, zwei Podiumsteilnehmer, die sich der BDS-Bewegung zugehörig fühlen und die sich nicht klar gegen Antisemitismus abgrenzen oder sogar das befürworten...“.<sup>8</sup> Den zweiten Teil des Satzes kann man leicht als Unwahrheit erkennen, wenn man sich die website von BDS-Südafrika<sup>9</sup> und das vorliegende Buch anschaut. Inzwischen hat der Präsident des Kirchentages Hans Leyendecker sein Bedauern

<sup>6</sup> Videodokumentationen finden sich auf <http://kairoseuropa.de/kairos-palaestina-solidaritaetsnetz/>.

<sup>7</sup> Vgl. ULLRICH, Peter: *Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt: Politik im Antisemitismus- und Erinnerungsdiskurs*. Göttingen: Wallstein, 2013; KURZ, Robert: *Die Antideutsche Ideologie. Vom Antifaschismus zum Krisenimperialismus: Kritik des neuesten linksdeutschen Sektenwesens in seinen theoretischen Propheten*. Münster: UNRAST, 2003; <https://www.zeit.de/zeitmagazin/2017/12/antideutsche-israel-linke-deutschland>.

<sup>8</sup> Nachzuhören auf <https://youtu.be/baEUVPBsVk4>.

<sup>9</sup> <http://www.bdssouthafrica.com/about/on-anti-semitism/>.

über diesen Vorfall ausgedrückt. Die Generalsekretärin Helmke hat zugestimmt, dass wir diesen Brief als Entschuldigung des Kirchentags veröffentlichen, was wir hiermit im Anhang tun (samt Antwortbrief von Ulrich Duchrow). Außerdem ist ein Gespräch mit Präsident und Generalsekretärin geplant. Auch ist für den Ökumenischen Kirchentag 2021 eine Ausschreibung geplant, auf die dann Gruppen und Netze mit Veranstaltungsangeboten auch zu diesem Themenbereich antworten können. Man darf also gespannt sein, wie der Kirchentag in Zukunft mit diesen Fragen umgehen wird. Auch ihm sollte inzwischen klar geworden sein, dass alle zum Thema gelaufenen Gerichtsverfahren BDS unter den Schutz der Meinungsfreiheit nach Art. 5 des Grundgesetzes gestellt haben (s.u.).

Die Rosa Luxemburg Stiftung reagierte auf diese Erfahrung, indem sie eine wissenschaftliche Studie zu der Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) in Auftrag gab, die gern zur Verurteilung von Israelkritik als Antisemitismus benutzt wird. Dr. Peter Ullrich, TU Berlin und Fellow des Berliner Antisemitismus-Forschungsinstituts hat daraufhin diese Definition und ihre Verwendung wissenschaftlich untersucht und bewertet.<sup>10</sup> Sie lautet:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und / oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen.“

Dieser vagen Definition sind elf Beispiele angefügt. Sieben davon beziehen sich auf den Staat Israel und beurteilen den „israelbezogenen Antisemitismus“ nach drei Kriterien: Delegitimierung Israels, d.h. für sie Leugnung des Existenzrechts Israels, Dämonisierung Israels, z.B. den Vergleich mit Nazi-Methoden, und doppelte Standards im Vergleich mit anderen Staaten. Diese Kriterien werden nun beliebig auf jede Kritik des Staates Israel angewandt, um jegliches Eintreten für die Rechte der Palästinenser als Antisemitismus

<sup>10</sup> <https://www.rosalux.de/publikation/id/41168/gutachten-zur-arbeitsdefinition-antisemitismus-der-international-holocaust-remembrance-alliance/>.

niederzuschlagen. Das ist auch kein Wunder, wenn man weiß, dass die Vorgeschichte der Definition stark vom Staat Israel mitbestimmt wurde, wie die renommierte englische Zeitung *The Guardian* detailliert beschreibt.<sup>11</sup>

Das Ergebnis der Ullrich-Studie ist entsprechend eindeutig:

„Insbesondere ist die 'Arbeitsdefinition' inkonsistent, widersprüchlich und ausgesprochen vage formuliert; mithin erfüllt sie nicht die Anforderungen guten Definierens. Die Kerndefinition des Antisemitismus ist zudem reduktionistisch. Sie hebt einige antisemitische Phänomene und Analyseebenen hervor, spart aber andere, wesentliche, sehr weitgehend aus.

Stattdessen ist sie faktisch ein zu Willkür geradezu einladendes Instrument. Dieses kann genutzt werden, um Grundrechte, insbesondere die Meinungsfreiheit, in Bezug auf missliebige israelbezogene Positionen zu beschneiden.

Fazit: Der Versuch, Probleme allgemeiner begrifflicher Klärung und universeller praktischer Einsetzbarkeit mithilfe der 'Arbeitsdefinition Antisemitismus' zu lösen, muss insgesamt als gescheitert angesehen werden. Vor allem aufgrund ihrer handwerklichen Schwächen, ihrer defizitären Anwendungspraxis, ihres trotzdem teilweise verbindlichen rechtlichen Status und ihrer politischen Instrumentalisierbarkeit mit problematischen Implikationen für die Meinungsfreiheit kann die Verwendung der 'Arbeitsdefinition Antisemitismus' nicht empfohlen werden“ (S. 3).

Das extremste Beispiel für die Unterdrückung und Verdrängung der Palästinafrage durch Antisemitismusvorwürfe ist der Bundestagsbeschluss vom 17.5.2019, der öffentlichen Einrichtungen verbieten soll, für die Diskussion der gewaltfreien Strategie zur Durchsetzung des Völkerrechts in Israel-Palästina, BDS (Boycott, Desinvestition, Sanktionen) keine Räume und keine Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir als Herausgeber haben uns an einer Ökumenischen Protesterklärung dagegen beteiligt<sup>12</sup> – mit vielen anderen,

<sup>11</sup> Vgl. <https://www.theguardian.com/news/2018/aug/14/bds-boycott-divestment-sanctions-movement-transformed-israeli-palestinian-debate>.

<sup>12</sup> Ökumenische Erklärung zur Diffamierung gewaltfreien Widerstandes gegen Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen in Palästina/Israel durch den Deutschen Bundestag (<http://kairoseuropa.de/wp-content/uploads/2019/06/%C3%96kumenische-Erkl%C3%A4rung-zur-Verteidigung-des-Grundgesetzes-und-des-V%C3%B6lkerrechts-gegen%C3%BCber-dem-Deutschen-Bundestag-1.pdf>). Auch Elisabeth und Konrad Raiser

u.a. 240 jüdischen und israelischen WissenschaftlerInnen<sup>13</sup>. Sogar fünf Sonderbeauftragte der UNO haben sich an die deutsche Regierung gewandt und ihre Besorgnis geäußert, dass mit dem Bundestagsbeschluss gegen BDS in Deutschland Grund- und Menschenrechte gefährdet sind.<sup>14</sup> Sehr beeindruckend ist auch die Stellungnahme der Naziopfer und hohen UNO-Vertreter Richard Falk und Hans von Sponeck.<sup>15</sup> In der deutschen Diskussion wird im übrigen gänzlich unterschlagen, dass viele Kirchen BDS unterstützen, z.B. die United Congregational Church of Southern Africa (UCCSA), die Episcopal Church in the USA (die Anglikaner), die Mennonite Church of the USA, die Presbyterian Church of the US, die United Methodist Church, die United Church of Christ, Quakers, Unitarian Universalists, die Evangelical Lutheran Church in America, der Council of African Independent Churches (CAIC) und zuletzt sämtliche Provinzen der anglikanischen Kirche im südlichen Afrika.<sup>16</sup> Schon 2015 schrieb Bischof Tutu an den Deutschen Evangelischen Kirchentag:

„BDS hat nichts mit Antisemitismus zu tun. Macht Geschäfte mit Juden, organisiert etwas mit ihnen, liebt sie. Aber unterstützt nicht die – militärische, wirtschaftliche oder politische – Maschinerie eines Apartheidstaates. Wir können keine normalen Geschäfte machen, denn die Bedingungen im Heiligen Land sind vollkommen anormal.“<sup>17</sup>

haben sich an einer kritischen Initiative gegen diesen Beschluss beteiligt, der sich wesentlich an die Evangelische Kirche in Deutschland richtet: <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/012336.html>.

<sup>13</sup> AUFRUF AN DIE BUNDESREGIERUNG VON 240 JÜDISCHEN UND ISRAELISCHEN WISSENSCHAFTLERN: SETZEN SIE „BDS“ NICHT MIT ANTISEMITISMUS GLEICH (<https://palaestina-nachrichten.de/2019/05/15/juedische-und-israelische-wissenschaftler-fordern-bundestag-auf-bds-nicht-mit-antisemitismus-gleichzusetzen/>).

<sup>14</sup> <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/vereinte-nationen-uno-ruengt-antisemitismus-beschluss-des-bundestags-a-1293375.html>

<sup>15</sup> <https://www.heise.de/tp/features/An-die-eigene-Vergangenheit-gekettet-4549416.html>.

<sup>16</sup> People's Reporter, Mumbai India, 30/19.

<sup>17</sup> [http://kairoseuropa.de/wp-content/uploads/2015/10/Tutu\\_Brief\\_Palaestina\\_30.04.2015\\_deutsch-21.pdf](http://kairoseuropa.de/wp-content/uploads/2015/10/Tutu_Brief_Palaestina_30.04.2015_deutsch-21.pdf)

Inzwischen haben auch verschiedene Gerichte klargestellt, dass BDS durch Artikel 5 des Grundgesetzes zum Schutz der Meinungsfreiheit gedeckt ist<sup>18</sup>, der Bundestagsbeschluss also rechtswidrig ist.

Der Lit-Verlag, bei dem das Buch in erster Auflage erschienen ist, hat mit urheberrechtlichen Argumenten unter Strafandrohung darauf gedrängt, das Layout des covers so zu ändern, dass es von den Lesern nicht mehr der Reihe „Reformation radikal“ zugeordnet werden kann. Wir haben daher den Hinweis auf den Ursprung dieses Buches aus dem internationalen Projekt „Die Reformation radikalieren“ vom Cover entfernen müssen. Als Alternative haben wir eines der Wandbilder an der illegalen israelischen Trennungsmauer gewählt, die Bethlehem zu einem Ghetto macht und diesen Ort, der mit dem Namen Jesu verbunden ist, von seinem Umland abschneidet.<sup>19</sup> Hier fand gerade die Konferenz „10 Jahre Kairos Palästina“ statt.<sup>20</sup> Im Anschluss folgte das Treffen des internationalen Kairos Netzwerks „Kairos Global for Justice“. Hier wurde ein wichtiger Aufruf gestartet, der in Kürze auch in Deutsch erscheint und dann auf der Website von Kairos Europa zur Verfügung steht.<sup>21</sup> In diesem Aufruf geht es darum, die Erklärung der Generalversammlung der Reformierten Weltgemeinschaft 2017 in Leipzig in allen Kirchen umzusetzen. Diese Erklärung rief angesichts der dramatisch sich verschlechternden Situation der PalästinenserInnen dazu auf zu erkennen, dass hier die Integrität des christlichen Glaubens und Handelns auf dem Spiel

<sup>18</sup> Kölner Landgericht: [https://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/verein-klagt-sich-in-bonner-begegnungsfest-ein\\_aid-46036823](https://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/verein-klagt-sich-in-bonner-begegnungsfest-ein_aid-46036823); Landgericht München: I, AZ 12 O 13183/19 Rechtsstreit Judith Bernstein gegen den Caritasverband der Erzdiözese München, weil dieser einen Raumvertrag für eine Veranstaltung mit ihr brechen wollte. Vgl. die ERKLÄRUNG VON (200) RECHTSGELEHRTEN GEGEN MASSNAHMEN, DIE VON EINIGEN REGIERUNGEN ERGRIFFEN WURDEN UM DIE BDS-BEWEGUNG (BOYKOTT, DESINVESTITION UND SANKTIONEN) FÜR MENSCHENRECHTE DER PALÄSTINENSER ZU ÄCHTEN (<https://bdsmovement.net/news/german-statement-legal-scholars-against-criminalization-bds-palestinian-human-rights>).

<sup>19</sup> <https://www.ecosia.org/images?q=Mauer+Bethlehem+Bilder#id=083FA60D12A9CC16B22EC13889B21B9AE0A44F88>.

<sup>20</sup> Da die israelische Regierung die website von Kairos Palästina blockiert, kann man die Konferenzklärung z. Zt. nur auf einer koreanischen website lesen: <https://yunheepathos.tistory.com/1633>. Dort sind auch Bilder der Konferenz zu sehen.

<sup>21</sup> <http://kairoseuropa.de/kairos-palaestina-solidaritaetsnetz/>.



steht.<sup>22</sup> Sie knüpft an Dietrich Bonhoeffer an, der 1933 eine Bekenntnissituation (status confessionis) gekommen sah, weil der NS-Staat die Juden entrechtete und gleichzeitig in den Glauben und kirchliche Angelegenheiten intervenierte.<sup>23</sup> Dieser Ansatz wurde vom Lutherischen und Reformierten Weltbund schon gegen den Apartheidstaat und seine theologischen UnterstützerInnen aufgegriffen (1977 und 1984<sup>24</sup>). Jetzt fordert der Aufruf der globalen Kairos-Bewegung die Kirchen auf allen Ebenen dazu auf, Bonhoeffers Wiederentdeckung dieser reformatorischen Theologie auf die Entrechtung der Palästinenser und den Missbrauch der Bibel zur Rechtfertigung von Landraub und Unterdrückung durch den israelischen Staat und christlichen Zionismus anzuwenden. Die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 2021 in Karlsruhe soll dann diese Prozesse in den Kirchen in einer klaren Entscheidung zusammenfassen.

Wie der „Bethlehem 2019 Kairos-Aufruf“ so soll auch das Bild auf dem Umschlag dazu einladen, der Gewalt des Besatzungsregimes entgegenzutreten und sich für eine gemeinsame Zukunft von Israelis und Palästinenserin in Gerechtigkeit und Frieden einzusetzen. Möge dieses Buch dazu helfen, dass weitere Menschen aufgrund von Lektüre und Gesprächen sagen können: „Endlich können wir über diese (verdrängten) Fragen offen und öffentlich reden“ – und hoffentlich handeln.

Vor der Feier des in Palästina geborenen und widerständig Frieden bringenden Jesus

im Jahr 2019

*Ulrich Duchrow und Hans G. Ulrich*

<sup>22</sup> [https://www.kairos-palaestina.ch/images/pdf/WGRK\\_Gen.vers.\\_2017\\_Palastina.pdf](https://www.kairos-palaestina.ch/images/pdf/WGRK_Gen.vers._2017_Palastina.pdf)

<sup>23</sup> Vgl. BONHOEFFER, Dietrich: Die Kirche vor der Judenfrage (1933). *DBW 12*. München : Kaiser, 1997, S. 349-58.

<sup>24</sup> Vgl. <https://2017.lwfassembly.org/en/lwf/lwf-sixth-assembly-1977> und <https://2017.lwfassembly.org/en/lwf/lwf-seventh-assembly-1984>